

Clemens Ronnefeldt

Die Lage palästinensischer Flüchtlinge im Libanon

Die Diskriminierung beenden und das Leid mildern

Immer wieder scheiterten Nahost-Friedenspläne in der Vergangenheit u.a. an der ungelösten Frage der palästinensischen Flüchtlinge vor allem in Jordanien, in Syrien und im Libanon. Während sie sich in Jordanien und Syrien einige wichtige Rechte zur gesellschaftlichen Integration erkämpfen konnten, ist ihre Situation im Libanon weitaus dramatischer.

Seit 1948 in Lagern

Die Mehrheit der palästinensischen Flüchtlinge im Libanon, deren Zahl auf bis zu 380.000 geschätzt wird, lebt immer noch in einem der zwölf Lager, die über das Land verteilt angelegt wurden. Seit 1948 wurden manche dieser Lager bis zu vier Mal zerstört.

Die Infrastruktur (Strom, Wasser) stammt zum Teil noch aus den fünfziger Jahren und ist entsprechend oft defekt. Weil die libanesische Regierung, die nach einem konfessionalistischen Proporzsystem zwischen Christen, Sunniten und Schiiten gewählt wird, eine dramatische Verschiebung der Gewichte bei einer gesellschaftlichen Integration der Flüchtlinge befürchtet, hat sie eine ganze Reihe diskriminierender Gesetze und Vorschriften erlassen, die die ohnehin schon äußerst dürftige Lebensqualität von Palästinensern im Laufe der Jahre immer weiter eingeschränkt hat.

Perspektivlosigkeit produziert Gewalt

Seit 1969 brauchen in Lagern lebende Palästinenser zwar keine spezielle Genehmigung mehr, wenn sie ein Lager verlassen wollen, an den Eingängen der Flüchtlingslager werden allerdings nach wie vor Personenkontrollen durchgeführt. Um offensichtlich den Druck zur Ausreise ins Ausland zu erhöhen, ist es in den inzwischen völlig überfüllten Lagern gesetzlich nicht erlaubt, zweite oder dritte Stockwerke bei den Häusern zu errichten. Das fast noch zum Stadtzentrum von Beirut gehörende Lager Sabra und Shatila, das 1982 durch ein Massaker an Lagerbewohnern unter den Augen des damaligen israelischen Verteidigungsministers Ariel Sharon internationale Bekanntheit erlangte, wurde für ursprünglich rund 5.000 Flüchtlinge geplant, heute leben ca. 17.000 Menschen auf immer noch der selben Fläche.

Palästinensischen Flüchtlingen ist es im Gegensatz zu anderen Ausländern verboten, Eigentum im Libanon zu erwerben. Per Gesetz wurde ihnen die Ausübung von 72 Berufen außerhalb der Lager verboten, was wohl die gravierendste Einschränkung der Persönlichkeitsrechte darstellt. Flüchtlinge, die studieren wollen, müssen sich auf die für Ausländer reservierten zehn Prozent aller Studienplätze bewerben – meist ohne Chancen. Die dadurch entstehende Perspektivlosigkeit ist eine wichtige Ursache für zunehmende Gewalt in den Lagern.

Mit rund 75.000 Bewohnern ist Ein El Hilweh am Stadtrand von Saida das größte Flüchtlingslager im Libanon.

Am Eingang stehen zwar libanesische Soldaten, für die strafrechtliche Verfolgung der zahlreichen politisch motivierten Morde und anderer Gewalttaten, die auf Kämpfe rivalisierender palästinensischer Organisationen in dem Lager zurückzuführen sind, fühlt sich der libanesische Staat nicht zuständig. Für die Sicherheit sollen – auch in den anderen Lagern – eigene palästinensische Volkskomitees sowie bewaffnete Ordnungskräfte sorgen, was auf Grund der erheblichen innerpalästinensischen Konkurrenzkämpfe häufig zu willkürlichen Maßnahmen gegenüber Lagerbewohnern führt.

Eingeschränkte UN-Hilfe

Das speziell für Gesundheit und Schulbildung der palästinensischen Flüchtlinge zuständige UN-Hilfswerk UNRWA erhält immer weniger Finanzen und kann daher seinen Aufgaben kaum noch nachkommen. Immer wieder kommt es vor, dass Flüchtlinge sterben, weil sie in den palästinensischen Gesundheitszentren nicht behandelt werden und sie die Kosten einer Behandlung im libanesischen Gesundheitswesen nicht bezahlen können.

Was Deutschland tun sollte und könnte

Die Bundesregierung könnte das Leid der sich von aller Welt verlassen fühlenden palästinensischen Flüchtlinge im Libanon mildern, wenn sie die Zahlungen für UNRWA deutlich erhöhen sowie auf die Rückführung palästinensischer Flüchtlinge in den Libanon derzeit verzichten würde.

Sie könnte außerdem die libanesische Regierung auffordern, diskriminierende Gesetze gegen-

über Palästinensern, insbesondere das de-facto-Arbeitsverbot, aufzuheben.

Die Bundesregierung könnte auch die Nachfolgeregelung von Yassir Arafat und die sich daraus neu ergebenden Spielräume nutzen, die in der »road map« ebenso wie in der Genfer Initiative von Rabbo und Beilin vorgesehene Errichtung eines palästinensischen Staates voranzubringen. Die palästinensischen Flüchtlinge im Libanon ebenso wie in den Nachbarländern Israels brauchen endlich eine Staatsbürgerschaft sowie Klarheit bezüglich einer Entschädigung oder Rückkehr, wobei letztere in den allermeisten Fällen nicht möglich sein wird.

■ Der Versöhnungsbund unterstützt ein Kinderhilfsprojekt

Der Deutsche Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes unterstützt die Arbeit der unabhängigen Flüchtlingshilfsorganisation »Haus der standhaften Kinder« (Bait Atfal Assumoud) im Liba-

non, die 1976 gegründet wurde und derzeit rund 1.300 Kinder und Jugendliche in rund 770 Familien betreut. »Bait Atfal Assumoud« unterhält 10 Sozialzentren und eine psychologische Beratungsstelle in palästinensischen Flüchtlingslagern. In acht Kindergärten werden rund 600 Kinder betreut. Jugendliche erhalten Ausbildungen im Kunst- und Bauhandwerk.

Clemens Ronnefeldt ist Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes. Er war in der zweiten Oktoberhälfte im Rahmen der evangelischen Erwachsenenbildung zu einer Begegnungsreise in Syrien und im Libanon. Spenden für die Arbeit der Flüchtlingshilfsorganisation »Haus der standhaften Kinder« auf das Spendenkonto des Versöhnungsbundes bei der Kreissparkasse Minden-Lübbecke, Nr. 400 906 72, BLZ 49050101, Stichwort »Bait Atfal Assumoud«. Beim Versöhnungsbund sind auch weitere Informationen erhältlich. 

Ullrich Hahn

Pazifismus heute

Gewaltfreiheit angesichts von Krisen und Kriegen

Mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation 1989/1990 müssen sich Pazifisten in der öffentlichen Diskussion neuen Fragen stellen:

Es geht nicht mehr in erster Linie um den Widerstand gegen die atomare Abschreckung mit der Drohung einer Selbstvernichtung der Menschheit.

Hier gibt es in der öffentlichen Meinung wohl weiterhin eine breite Unterstützung für die Forderung nach Abschaffung aller Atomwaffen.

Neu ist jedoch die Herausforderung, der militärischen Gewalt auch dort die Legitimation zu entziehen, wo sie weltweit zu »humanitären Zwecken« eingesetzt wird, immer häufiger nicht einmal mehr nur aufgrund einer nationalen Entscheidung, sondern mit ausdrücklicher Billigung der zuständigen UN-Organe.

Gegenüber dieser neuen Legitimation militärischer Gewalt gilt es, sich der Wurzeln gewaltfreien Lebens und Handelns zu vergewissern:

■ Es gibt »bessere« Gründe für Gewaltfreiheit als »gute« Gründe für Gewalt

Grundlage des menschlichen Zusammenlebens ist der Respekt vor allen Menschen, einschließlich

denen, die Unrecht tun, in böser Absicht handeln, schuldig werden.

Auch ihr Leben und ihre Menschenwürde sind unantastbar.

Dies bedeutet, dass unserem Bemühen, Unrecht zu verhindern, Grenzen gesetzt sind; wir dürfen nicht alles, wozu wir technisch in der Lage sind und was wir machen können.

Wir kennen die »guten Gründe«, die angeführt werden, um die Grenze des Tötungsverbots zu überschreiten. Wir sind jedoch überzeugt, dass es bessere Gründe gibt, auch dann nicht zur Gewalt zu greifen, wenn solche »guten Gründe« dafür genannt werden.

Die Annahme solcher »guten Gründe« setzt schon ein Vertrauen in Informationen voraus, die interessengeleitet sind und von uns in der Regel erst im historischen Rückblick überprüft werden können.

Die Menschen, die das notwendige Opfer der geforderten militärischen Maßnahmen werden sollen, haben zumeist selbst keine Möglichkeit, uns ihre Sicht der Dinge darzulegen. Es werden von uns auf diese Weise bei Nachrichten über »den drohenden Völkermord in ...« Urteile über Menschen ab-